

OMNIBUS

Info 30. Juli 2008

Inhalt:

1. Thüringen: Recht auf Volkentscheid erkämpft
2. Postwurfsendung in Rösrath mit Aktionskarten an Wolfgang Bosbach
3. Mehr Demokratie in Frankreich
4. Mehr Demokratie in Deutschland
5. Arbeitskreis SOZIALE PLASTIK am 20./21. September

1. Thüringen: Recht auf Volksentscheid erkämpft

250.033 Bürgerinnen und Bürger haben das Volksbegehren "Mehr Demokratie in Thüringer Kommunen" unterzeichnet. Damit wurde die Hürde von 10 % aller Stimmberechtigten (etwa 196.000) sicher überschritten. Das Volksbegehren zielt auf eine anwendungsfreundliche Regelung der Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in Thüringen. Jetzt muss sich der Landtag mit dem Gesetzentwurf des Volksbegehrens befassen. Lehnt er den Vorschlag ab, so kommt es im nächsten Jahr zum Volksentscheid darüber. Die 19 Organisationen des Bündnisses für Mehr Demokratie in Thüringen haben die letzten vier Monate emsig gearbeitet und die Beteiligungsrechte thüringenweit zum Thema gemacht. "Das waren vier gute Monate für den Freistaat Thüringen", so Ralf-Uwe Beck, Sprecher des Bündnisses. Auch unser weißer OMNIBUS FÜR DIREKTE DEMOKRATIE IN DEUTSCHLAND war unermüdlich von Stadt zu Stadt unterwegs und konnte den Aktiven vor Ort wichtige Sammelerfahrungen weitergeben. Zum Abschluß dieser Arbeit wurde der Fahrer des OMNIBUS, Werner Küppers, mit diesem schönen Artikel geehrt: www.freies-wort.de/nachrichten/thueringen/seite2thueringenfw/art2437,851584

2. Postwurfsendung in Rösrath mit Aktionskarten an Wolfgang Bosbach

Die "Aktion Volksabstimmung!", die auf die Einführung eines bundesweiten Abstimmungsrechts zielt, zieht ihre Kreise. So sind am 24. Juli in der Stadt Rösrath im Bergischen Land die Karten der Aktion Volksabstimmung per Postwurfsendung an alle Haushalte mit Tagespost verteilt worden. Initiator dieser Aktion ist die unabhängige Wählervereinigung "Bürger für Rösrath", die so begeistert waren, als sie vor kurzem die Aktion Volksabstimmung kennenlernten, daß sie das Geld zusammensammelten, um alle Bürger ihrer Stadt darüber zu informieren. Die Bürger werden in einem Begleitschreiben gebeten, die Karten an einen Abgeordneten des Deutschen Bundestags zu schicken. Als Adressat ist auf allen Karten der Postwurfsendung der Name von Wolfgang Bosbach aufgestempelt, der für den Rheinisch-Bergischen Wahlkreis im Deutschen Bundestag sitzt. Zufälligerweise hat unser Berliner OMNIBUS-Büro bereits im Herbst 2006 eine "Grußbotschaft an Wolfgang Bosbach" in mehrtausendfacher Ausführung um das Reichstagsgebäude herum an die Besucher des Bundestags verteilt.

Aktuelle Informationen zur Aktion Volksabstimmung siehe www.aktion-volksabstimmung.de

3. Mehr Demokratie in Frankreich

Die in Frankreich am 21. Juli vom Kongress beschlossene Verfassungsreform bringt den französischen Bürgern neue Mitbestimmungsrechte. Bisher hatte in Frankreich allein der Präsident das Recht, das Volk zu bestimmten Gesetzentwürfen in einem Referendum zu befragen. Die neue

Regelung sieht vor, dass künftig auch auf Initiative des Parlaments und der wahlberechtigten Bürger Volksabstimmungen stattfinden können. Demnach kann ein Fünftel der Parlamentsmitglieder, unterstützt von einem Zehntel der auf den Wahllisten eingeschriebenen Wähler, einen Gesetzesvorschlag unterbreiten und somit den ersten Schritt zur Volksabstimmung einleiten. Falls diese Initiative von Senat und Nationalversammlung nicht innerhalb einer bestimmten Frist behandelt wird, muss der Präsident im zweiten Schritt ein Referendum anordnen. Mehr Demokratie e.V. begrüßte diese Entwicklung. "Die Unterschriftenhürde ist mit 10 Prozent der Wahlberechtigten zwar immer noch relativ hoch und es wäre wünschenswert, dass die Bürger von sich aus die Initiative ergreifen können", so Vorstandssprecher Gerald Häfner. Trotzdem würde das neue Initiativrecht die Mitbestimmungsmöglichkeiten deutlich verbessern.

4. Mehr Demokratie in Deutschland

Auch in Deutschland werden von oberster Ebene mehr demokratische Möglichkeiten gefordert. So sprach sich jüngst der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, in Interviews dafür aus, daß künftig auch das Volk selbst Gesetzgebungsverfahren anstoßen können sollte. Daß bisher nur Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung dieses Recht hätten, hätte zu einer "Zuschauerdemokratie" geführt, also dazu, daß die Bürger sich von der Politik mehr unterhalten lassen "statt sie mitzugestalten". Siehe:

www.bild.de/BILD/news/politik/2008/07/06/oberster-richter-papier/buerger-sollen-gesetze-vorschlagen.html

Und am 17. Juni sprach sich Bundespräsident Horts Köhler in seiner Berliner Rede dafür aus, daß die Wählerinnen und Wähler bei der Bundestagswahl mehr Einfluß bekommen sollten durch die Vergabe mehrerer Stimmen direkt an die Kandidatinnen und Kandidaten, statt dem bisherigen Ankreuzen festen Parteilisten mit unabänderbaren sicheren Listenplätzen. Bereits vor einem Jahr hatte sich Köhler in der letzten Sendung von Sabine Christiansen für die Direktwahl des Bundespräsidenten und für weitere "Elemente der Direkten Demokratie" ausgesprochen. Die "Berliner Rede" siehe:

www.bundespraesident.de/-_2.646080/Berliner-Rede-2008-von-Bundespr.htm

5. Arbeitskreis SOZIALE PLASTIK am 20./21. September

Wir laden Sie / Dich herzlich ein nach Wiesbaden zum nächsten OMNIBUS-Arbeitskreis.

Samstag 20. September um 19.30 Uhr: Vortrag "**Freiheit für die Schulen**" von **Ingo Krampen**

Sonntag 21. September Seminar 9 Uhr bis 13 Uhr mit Beitrag "**Freiheit durch die Schulen**" von **Kurt Wilhelmi**

Bei diesem Treffen haben wir Ingo Krampen zu Gast. Er ist Mitbegründer von effe, dem Europäischen Forum für Freiheit im Bildungswesen. Das effe konnte u.a. dazu beitragen, daß in einer Reihe von Ländern die Schulgesetze freiheitlicher gestaltet wurden. Ingo Krampen wird aus dieser Arbeit berichten und in seinem Vortrag "Freiheit für die Schulen" auch die ideellen Gründe dieser Arbeit beleuchten:

- Welche Bedingungen müssen erfüllt sein, damit die Schulen frei arbeiten können?
- Wie nähern wir uns diesem Ziel, wie können wir die Sache anpacken, welche Möglichkeiten der Mitwirkung gibt es?

Am Sonntag im Seminar wird Kurt Wilhelmi mit dem Beitrag "Freiheit durch die Schulen" die Frage beleuchten, welche Impulse von freien Schulen und Hochschulen ausgehen können, welche Rolle sie für die zukünftige Gestaltung der Gesellschaft spielen.

Ort: Schloß Freudenberg in Wiesbaden

Information und Anmeldung bei **Regine Radke, Tel./Fax 03643 - 49 41 46**